

Rainer Tetzlaff

Der 11. September 2001 und danach: Unilateralismus der Hegemonialmacht USA als Herausforderung auch für europäische Politik.

Ein Plädoyer für europäischen Multilateralismus auf
der Basis gemeinsamer Erfahrungen, konvergierender
Interessen und gleicher Werte

Prolog: Hundert Jahre US-amerikanische Interessenpolitik der „offenen Tür“ – 1901-2001

Vor gut einhundert Jahren hatte ein besorgter US-amerikanischer Präsident einen Traum: Die Welt war nicht mehr unterteilt in konkurrierende europäische Kolonialreiche und exklusive Einflusszonen mit streng bewachten Grenzen, sondern sie bestand aus einem riesigen Hochhaus mit vielen Treppen, Fenstern und Zimmern, die alle *offene Türen* hatten – ohne Schlösser und ohne Riegel. Jeder, der kräftig genug war, um die hohen Stufen des Gebäudes zu erklimmen, durfte die Räume nach Belieben betreten und dort verweilen, um nach Herzens Lust zu kaufen und zu verkaufen.

Es war der nordamerikanische *Traum von einer Welt der offenen Tür*, offen vor allem für US-amerikanischen Kaufleute, Banker und Investoren, die Geld, Mut und Lust hatten, ihre Waren in alle Welt zu exportieren – und ungehindert von englischen Kolonialherren, französischen Raumpflegerinnen und von deutschen Torwächtern. Mit dieser Hochhausmetapher soll das Expansions-Projekt des republikanischen Präsidenten *William McKinley* und seines Außenministers John Hag charakterisiert werden, das später den Namen „*Politik der offenen Tür*“ erhalten hat, um den amerikanischen Traum vom informellen Empire zum Ausdruck zu bringen. McKinley – von 1897 bis 1901 der 25. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika – war ein Verfechter imperialistischer Außenpolitik, - ein Mann mit Erfolg: Unter seiner Präsidentschaft erwarben die USA die Hawaii-Inseln, Kuba, Puerto Rico und die Philippinen durch Annexion (ganz gegen die Doktrin der offenen Tür!). Kurz nachdem der populäre Imperialist wiedergewählt worden war, wurde er von einem Anarchisten in New York ermordet.

Man schrieb den 14. September 1901 – hundert Jahre später, fast auf den Tag genau, erfolgte wieder ein militanter Angriff auf das Machtzentrum der USA und möglicherweise sollte auch wieder ein Präsident mit einem weiteren von Terroristen gekaperten Flugzeug, das in das Weiße Haus rasen sollte, getötet werden. Im Jahr 2001 waren die Gewaltakte allerdings von einem transnationalen Netz von ausländischen (islamistischen) Terroristen aus den Ländern des Nahen Ostens geplant worden. Die beiden schmerzlichen Ereignisse mögen prima facie ein makabrer Zufall der Geschichte sein, oder sollte es doch einen hintergründigen Zusammenhang geben?

Das US-amerikanische Paradox der Bush-Politik: Die Abkehr von der lang kultivierten Norm des kompetitiven Multilateralismus hin zur Gefährdung langfristiger Sicherheits- interessen durch kurzfristigen Aktivismus

Der zentrale Gedanke der Politik der offenen Tür um 1900 war eigentlich sehr vernünftig und weitsichtig gewesen: Er bestand in dem Grundsatz, dass „gleichberechtigte Bedingungen des Zugangs zu den Märkten gegenüber allen konkurrierenden Nationen“ zu schaffen seien (nach Williams 1973: 53). Die Forderung nach Freiheit der Märkte für alle war aus US-amerikanischer Sicht nur zu verständlich; denn die USA als junge dynamische Industrienation im Entwicklungsstadium des Einholens und Überholens musste darauf bedacht sein, alle historisch gewachsenen und politisch erzeugten Hindernisse für den freien Wettbewerb zu überwinden. Erstmals war die wirtschaftspolitische Forderung nach „offenen Türen“ zur Zeit der internationalen Kongo-Konferenz in Berlin 1884/85 erhoben worden, als sich europäische Regierungen um die tatsächlichen und angeblichen Reichtümer Afrikas im „scramble of Africa“ stritten. Als dann 15 Jahre später die drohende Aufteilung des riesigen *chinesischen* Kaiserreichs unter die europäischen Kolonialmächte auf der Agenda der internationalen Politik stand, war die imperialistische Fraktion in den USA alarmiert und setzte sich zur Wehr. Man wollte – nicht anders als das wilhelminische Deutschland - einen *Platz an der Sonne*, die den boomenden Weltverkehr erwärmte. Die freie ökonomische Expansion lag im nationalen Interesse des jungen ehrgeizigen Industriestaates – nicht zuletzt daraus entwickelte sich die politische Identität der USA als Nation der Handelsfreiheit und der Selbstbestimmung der Völker.

Präsident McKinley hatte Erfolg; die historische Geburtsstunde dessen hatte geschlagen, was wir heute *Globalisierung* nennen – nämlich die für das „*big business*“ entgrenzte Welt jenseits von bestehenden Staatsgrenzen. Die Politik der Offenen Türe war „ein brillanter strategischer Schachzug, der zu einer allmählichen Ausbreitung der wirtschaftlichen und politischen Macht Amerikas in der ganzen Welt führte“ – urteilte der amerikanische Imperialismuskritiker

William Appleman Williams (Williams 1973: 48). Zunächst nur für China formuliert, um andere Nationen von der Einführung des formellen Kolonialsystems im Reich der Mitte abzuhalten, wurde später das *Freihandels-Axiom* auch auf andere Regionen angewandt. Außerdem wurde klar gemacht, dass diese neue Freihandelsdoktrin „Darlehen als einen unabdingbaren Bestandteil des Handels“ auffassen würde; denn erst die Expansion von Waren und Krediten garantierten die „*Prosperität, auf die dieses Land ein Recht hat*“ – wie Präsident McKinley 1898 die neu konstruierte Doktrin rechtfertigte. Damit entpuppte sich der moderne Entwicklungskredit als Produkt kolonialen Denkens – geschuldet einer westlichen Expansionslogik, die noch immer *ganz aktuell* ist. Wer sich den Ölintereessen der USA am Arabisch-Persischen Golf entgegenstellt, verletzt die Doktrin der offenen Tür und bedroht damit die Prosperität, auf die die USA als gottbegnadete Nation ein natürliches Anrecht zu haben glaubt. Was die USA-Regierungen in der Regel wünschten, war *politische Stabilität* der bestehenden Verhältnisse, so ungerecht sie auch sein mochten (Iran unter der Willkürherrschaft des Schahs, Saudi-Arabien unter der klerikalen Diktatur der Saudi-Dynastie, Pakistan unter Herrschaft der Putschgenerale etc.), solange sie nur den westlichen Interessen im globalen Abwehrkampf gegen Sozialismus und Kommunismus förderlich waren.

Von diesen Anfängen haben sich die USA – nach gewonnenem Wettbewerb in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – scheinbar weit distanziert. Ihr Pochen auf den einseitig verkündeten *Unilateralismus* als Handlungsmaxime zur Durchsetzung eigener Interessen und Ideen ist eine Manifestation der Politik der Stärke einer einzigen Nation, wie sie nun in der neuen *Bush-Doktrin* vom September 2002 zum Ausdruck gebracht wurde. Sie „markiert als die neue Sicherheitsstrategie die Vollendung der Abkehr von Prinzipien, die die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik über Jahrzehnte hinweg geprägt haben“ (FAZ vom 21.9.02., S.1). Also hat der 11. September vielleicht nicht direkt die Welt *verändert*, wohl aber die *Weltsicht und das Selbstverständnis* der einzigen Supermacht und damit indirekt auch die realen Macht- und Abhängigkeitsbeziehungen zwischen Staaten, Volkswirtschaften und Kulturkreisen *modifiziert*, und zwar in dem Sinne, dass nun im permanenten Schwanken zwischen Isolationismus und missionarischen Kreuzzügen für amerikanische (gleich „westliche“) Werte die Tendenz zum expansiven Unilateralismus akzentuiert wurde. Washington hat in kurzer Zeit sicherlich nicht seine Ziele und grundlegenden Interessen geändert – weiterhin gelten „Freiheit, Rechtsstaat, Demokratie und freies Unternehmertum“ (Bush-Doktrin zit. nach FAZ vom 21.9.02, S.1), wohl aber die propagierten *Strategien* und die geeigneten *Mittel* zu ihrer Erreichung bzw. Durchsetzung:

- statt verhandelter Kooperation mit Freund und Feind nun *dezisionistischer Unilateralismus* ohne Dialog und Konsultation,

- statt Abschreckung durch bewusst in Kauf genommene, wechselseitige Verwundbarkeit (Parität) nun Streben nach eigener *Unverwundbarkeit mit Präventivschlagoption*,
- statt Politik des internationalen Interessenausgleichs nun eine Strategie der *Maximierung der eigenen militärischen Stärke* und Kultivierung der *positionellen Distanz* zu allen anderen Staaten, ob Freund oder Feind, was nach aller historischer Erfahrung ein Streben nach Gegenmachtbildung auslösen wird.

Auch wenn sich in Kürze zeigen sollte, dass sich die Bush-Administration mit ihrer Irak-Rhetorik verbal übernommen hat (weil, wie auch CIA-Chef Tenet warnt, ein weiterhin massiv drohender US-Präsident das Saddam-Regime zu Verzweiflungstaten mit ABC-Raketen provozieren könnte) und bald doch wieder die aktive politische Unterstützung der arabischen Nachbarstaaten, der EU-Regierungen und vor allem der Türkei, Russlands und Chinas suchen würde, so ist doch im Spätsommer und Herbst 2002 klar geworden, worin das politische Wunschbild der Bush-Administration im Nahen Osten besteht: die unbeschränkte Kontrolle der USA über die Region mit den größten Öl-Vorkommen der Welt, was im asiatischen Raum mit zunehmender Skepsis und unterdrücktem Widerwillen hingenommen wird und sich in Anti-Amerikanismus Luft macht, so bald dazu Gelegenheit besteht.

Der folgende Aufsatz argumentiert angesichts der *neu konstruierten Perzeption* des Sicherheitsdilemmas in den USA („Schurkenstaaten“ in Asien und internationaler islamistischer Terrorismus) und ihrer *wünschbaren Rolle* in der Welt für eine bewusste Bündelung und Stärkung europäischer Erfahrungen, Interessen und Werte, um gegenüber der Nicht-OECD-Welt (vor allem im Nahen Osten und Fernen Osten) Prinzipien des fairen Interessenausgleichs durch multilateralen Dialog und kooperative Entwicklungspolitik aufrechtzuerhalten. Dies sollte nicht vorschnell als *Antiamerikanismus* verkürzt und missverstanden werden – wo doch demokratische Kongressabgeordnete und zahlreiche Intellektuelle in den USA die europäische Variante der Konfliktlösung präferieren. Die „europäische Position“, für die hier plädiert wird, müsste ein traditionell außenpolitisch uneiniges Europa allerdings erst noch in krisenfester Form schaffen. Aber die Annahme ist nicht utopisch, dass mit wachsendem Außendruck die Einsicht und Bereitschaft zu einer wirklich *kohärenten* „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) weiter zunehmen wird. Dabei müsste sie sich als bewusste Ergänzung zur US-amerikanischen Strategie verstehen, wenn auch notfalls als eine am Zivilmachtmodell orientierte Alternative zur militanten Hegemonialpolitik der Bush-Administration. Deren neue Konzeption des Ausbaus der eigenen militärischen Vormachtstellung anstelle der bisher gültigen Auffassung der *gemeinsamen Sicherheit* – des wertvollsten Erbe aus der Zeit der glücklich überwundenen Ost-West-Konfrontation – ist möglicher-

weise als *traumatische Reaktion* der USA auf die Terrorschläge vom 11. September 2001 zu verstehen, für die es in den USA eine Mehrheit geben könnte, und kann insofern auch das Etikett „rational“ beanspruchen. Nicht alles, was dem eigenen Standpunkt zuwiderläuft, ist als *irrational* zu qualifizieren. Gleichwohl sollte das Verbündete nicht abhalten, unter Berufung auf gemeinsame Werte auch politischen Dissens vorzutragen und für eine alternative Rationalität im Interesse weltbürgerlicher Vernünftigkeit zu werben.

Der Konstruktivismus-Realismus-Streit in der Teildisziplin der internationalen Beziehungen hat gezeigt, wie wichtig es ist zu erkennen, dass unsere Vorstellungen in Bezug auf uns selbst und die Umwelt unsere Interaktionen formen und diese wiederum auf unsere Weltbilder zurückwirken, so dass Akteur wie System teils als soziale Realitäten, teils aber auch als konstruierte Einheiten anzusehen sind (Zehfuß 1998: 110). In Abwandlung der These des Konstruktivisten Alexander Wendt kann man formulieren: „*Terrorism is what states make of it*“.

In jedem Fall stellt die Gemeinschaft der europäischen Staaten insofern vor einer sehr schwierigen Situation, als sie die ideelle Basis der bisherigen atlantischen Partnerschaft zwischen Nordamerika und Westeuropa (im Sinne des obigen Kommentars in der FAZ) zu ignorieren, wenn nicht zu negieren scheint. Davon ist vor allem auch Deutschland betroffen, dem vor nicht allzu langer Zeit ein amerikanischer Präsident versichert hatte, ein wertvoller „*partner in leadership*“ zu sein. Diese ideelle Basis der Kooperation zwischen liberalen Demokratien, die bislang durch NATO, KSZE/OSZE, UN-Sicherheitsrat und zahlreiche andere Netzwerke der Kooperation ständig weiter entwickelt worden ist, ist durch eine überraschende Änderung der US-amerikanischen Nahost- und Weltpolitik ins Zwielicht geraten und möglicherweise schon beschädigt worden. Aus europäischer Sicht stellt sich die Bush-Doktrin *‘Im Notfall machen’s wir allein’* in etwa wie folgt dar: ‘Kooperationspartner sind willkommen, der US-amerikanischen Hegemonialmacht zu folgen, ohne wenn und aber; vorherige Konsultationen der Supermacht mit ihren Vasallen zum Einsatz von präventiven Militärschlägen sind überflüssig, da sie ohnehin das implementiert, was sie für richtig hält, ob nun ein UN-Mandat vorliegt oder nicht’. Damit wird der zivilisatorische, weil friedenspolitisch wichtige Anspruch der Vereinten Nationen, im alleinigen Besitz des legitimen Gewaltmonopols zu sein, in prinzipieller Weise torpediert. Die Politik der nationalen Militärstärke triumphiert über die Stärke des Völkerrechts – eine Rückkehr zum Neorealismus pur?

Eine ähnliche Haltung ist bisher von der Regierung Ariel Sharon in Israel an den Tag gelegt worden, die sich vielfach über UN-Resolutionen hinweggesetzt hat, was vom Westen achselzuckend geduldet wurde und wird. Dieses *Laissez-Faire* freilich lässt in der arabischen Welt die politische Glaubwürdigkeit westlicher UN- und Menschenrechtspolitik prinzipiell in einem Zwielicht erscheinen.

Die Besorgnis ist nicht ganz unbegründet, dass nun die US-Politik unter Bush dem schlechten israelischen Beispiel folgen könnte.

Zu fragen ist aber auch, ob sich nicht auch die deutsche Außenpolitik seit Überwindung des Ost-West-Konflikts verändert hat – seit der Wiedervereinigung 1989/90 und seit dem 11. September 2001? Dieses ist in der Tat nachweisbar – eine außenpolitische Gratwanderung zwischen der Übernahme von mehr internationaler Verantwortung (plus Kosten der politischen Stabilisierung in Krisenregionen, manchmal wie im Kosovo-Krieg auch nicht ganz freiwillig) und einem meist klug dosierten Vertreten eigener Interessen (z.B. auf dem EU-Gipfeltreffen in Nizza 2000) ist an die Stelle der inzwischen überholten Politik „sekundärer Hilfsleistungen“ der Genscher-Ära getreten (Hellmann 2002: 2). Wenn man die neue Außen- und Sicherheitspolitik der Bush-Administration mit dem Grundverständnis deutscher Außenpolitik – wie sie vor dem 11. September 2001 z.B. vom deutschen Außenminister in einer Grundsatzrede zum Ausdruck gebracht worden ist –, vergleicht, dann lassen sich zunächst einmal anhand der politischen Rhetorik paradigmatische Unterschiede erkennen: Es lässt sich auch ablesen, von wem der bisherige Konsens der Werte und Handlungsmaximen in der Außenpolitik in Frage gestellt worden ist:

„Die überragende Bedeutung des Multilateralismus ist für uns nicht nur eine zentrale historische Lehre, sie folgt auch aus der Erfahrung, dass Deutschland grundsätzlich nur im Verbund mit seinen Partnern seine außenpolitischen Ziele erreichen kann und aus der Überzeugung, dass die globalen Zukunftsprobleme nur durch ein zivilisiertes Miteinander zu lösen sind. Multilateralismus bedeutet im Kern den Vorrang von Kooperation vor Hegemonie... Stärkeres Engagement [Deutschlands] kann sich nur auf eines beziehen: auf die Stärkung des Multilateralismus, der Integration in Europa und der Vereinten Nationen und regionaler Organisationen im internationalen Raum“ (Fischer 2001: 2).

Auch Kritiker der deutschen Außen- und Europapolitik mussten anerkennen, dass die Berliner Republik vom europäischen Tugendpfad des Multilateralismus bisher niemals wirklich abgewichen ist (so wie beispielsweise Genscher in der Kroatienfrage), selbst wenn zugeben wird, dass im Zeitalter der rasch wachsenden globalen Netzwerke die Grenzen zwischen klassischer nationaler Machtpolitik und multinationaler Verantwortungspolitik der europäischen Mitgliedsstaaten verschwimmen bzw. obsolet geworden sind: Handlungsautonomie einschränkender Multilateralismus liegt auch im deutschen Interesse, weil dadurch *kollektive Souveränität* gewonnen wird, um sowohl europäische (oder atlantische) Ziele als auch ebenso nationale Ziele (soweit als solche noch vorhanden) besser zu realisieren. Das Bekenntnis zum Multilateralismus der stärksten europäischen Wirtschafts- und Zivilmacht ist also durchaus glaubwürdig, weil vernünftig und in der Kontinuität (west)deutscher Nachkriegspolitik liegend. Jeder Versuch einer

europäischen Hegemonialpolitik wäre, auch aus neo-realistischer Perspektive betrachtet, kontraproduktiv.

Szenarien eines möglichen Angriffs auf den Irak und dessen Folgen für Europa

Somit haben wir eine *paradigmatische Polarität* bei der politischen Konstruktion von Interesse und Sicherheit vor uns: Die Verkündung des neuen *hegemonialen Unilateralismus* der einzigen militärisch-wirtschaftlichen Supermacht versus das Bekenntnis zum *kooperativen Multilateralismus* der europäischen Mittelmacht, der wirtschaftlich starken Zivil- und Handelsmacht im integrierten Europa – das ist auf ideeller Ebene die neuartige Konstellation bei der Definition des Selbstverständnisses der wichtigsten Staaten innerhalb der OECD-Welt. Sie stellt deshalb für europäische Politik eine gravierende Herausforderung dar, weil sie die Staaten der EU mit internationalen Risiken seitens einer befreundeten Macht konfrontiert, auf deren Bewältigung sie wenig Einfluss auszuüben vermag. Diese Risiken und Gefahren beziehen sich derzeit auf die Möglichkeit eines Krieges der USA gegen den „Schurkenstaat“ Irak, der dem Regime von Saddam Hussein angedroht wurde, und zwar relativ unabhängig davon, wie sich schließlich der UN-Sicherheitsrat entscheiden wird (mehrheitlich für oder wider eine Intervention der VN gegen einen Friedensstörer).

Ein massiver Präventivschlag gegen den Irak, vom dem sicherlich eine ernst zu nehmende Bedrohung direkt für Israel und indirekt für andere Staaten der Region ausgeht (wie der am 7. Oktober 2002 veröffentlichte CIA-Report bestätigt, ohne allerdings akute Gefahren ausmachen zu können), würde möglicherweise bei großen Opfern mittelfristig sein Ziel erreichen können, nämlich das Regime in Bagdad zu stürzen. Aber die politischen Konsequenzen einer solchen Machtpolitik würden dem bisherigen *Primärziel* amerikanischer Außenpolitik nach dem 11. September zuwiderlaufen – der Bekämpfung des substaatlichen Terrorismus *durch eine internationale Allianz von Staaten*. Diese Strategie war sorgfältig über Monate Schritt für Schritt entwickelt worden, in der plausiblen Erkenntnis, dass nur mit Unterstützung von Staaten wie Pakistan, Saudi-Arabien, Ägypten und Türkei die islamische Variante des internationalen Terrorismus mit Aussicht auf Erfolg bekämpft werden könnte.

Wenn die US-Regierung nun im Jahr 2002/2003 einen Militärschlag gegen den Irak lancieren würde, ohne vorher ein Einvernehmen über Art, Dauer und Grenze einer solchen Gewaltintervention mit den Regierungen Asiens herbeigeführt zu haben, müsste das bedeuten, dass mindestens die Welt der Muslime mit 1,2 Milliarden Menschen zutiefst beunruhigt wäre und antiamerikanische aggressive Ressentiments mit unabsehbaren Folgen für die Beziehungen des muslimischen Kulturkreises mit „dem Westen“ in Gestalt seiner Hegemonialmacht aktiviert

würden. Dies Huntingtonsche Konfliktszenario kann aus Sicht der EU nur von Nachteil sein, und das in dreifacher Hinsicht:

- Eine weitere politische Entfremdung zwischen einer als arrogant und imperialistisch wahrgenommenen USA und den Regierungen von Staaten mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung – von Marokko im Westen bis Indonesien im Osten – würde den *latenten Antiamerikanismus* in den unteren Schichten der Bevölkerung und die Vorbehalte seitens islamistischer Kreise gegen die westliche Kultur (einschließlich Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, privates Unternehmertum etc.) aktivieren, was kooperative Weltpolitik im Rahmen von UN-Arenen erschweren müsste. Das gilt auch für die kollektive Bekämpfung von Terrorismus, von Rauschgiftschmuggel und organisierter Kriminalität, - Menschheitsplagen in einer globalisierten Welt, deren Bekämpfung der internationalen Kooperation bedarf.
- Ein weiterer Krieg im Nahen Osten würde die internationalen Erdölpreise stark erhöhen und auch darüber hinaus negative Auswirkungen auf die Weltkonjunktur haben, womit auch die primären sozialpolitischen Ziele der EU-Staaten, nämlich Arbeitsplätze zu schaffen, Vertrauen in wirtschaftliches Wachstum, in Investitionen und steigenden Konsum zur Überwindung der Arbeitslosigkeit zu fördern, konterkariert würden.
- Und drittens schließlich würde es noch schwieriger werden, langfristig eine Politik des verhandelten Interessenausgleichs, der friedlichen rechtsstaatlichen Lösung von Interessenkonflikten zur internationalen Norm zu machen, um politische Gewalt und nationale Aufrüstung als Mittel der Politik obsolet werden zu lassen. Ein unilateraler Krieg gegen den Irak würde also all jene Prinzipien und politischen Werte verletzen, die im 20. Jahrhundert auf der diplomatischen und zivilgesellschaftlichen Ebene erarbeitet worden sind, um einer drohenden Kriegsgefahr durch vernünftige, d.h. in den Zielen maßvolle Verhandlungen entgegen zu wirken.

Wir müssen zu dem Schluss kommen, dass aus europäischer Sicht nur ein einziges Szenario die Berechtigung für einen Militärschlag gegen den Irak hergeben würde – die direkte, „*unmittelbare*“ Bedrohung des „internationalen Friedens“ durch einen aggressiven (Feind)Staat nach Kapitel VII der UN-Charta. Dabei müssten – wie die völkerrechtliche Diskussion im Kontext der NATO-Intervention im Kosovo hierzulande ergeben hat (z.B. nach Ansicht des Völkerrechtlers Daniel Thürer, des Philosophen und Ethikers Otfried Höffe oder des Friedens und Konfliktforschers Dieter Senghaas) - *drei Kriterien* erfüllt sein: Erstens dürfte der Krieg in Form der militärischen Intervention nur die letzte Option des Handelns sein, nachdem alle diplomatischen Alternativen nichts gefruchtet hätten; zweitens müsste der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel beachtet werden (der Schaden darf nicht größer sein als Nutzen und eigene Kosten); drittens müsste eine begründete Aus-

sicht auf Erfolg der Erreichung der proklamierten Interventionsziele bestehen. Da diese unmittelbare Friedensbedrohung bislang nicht vorliegt und auch mindestens das erste Kriterium (*ultima ratio*) nicht erfüllt ist, würde ein unilateral verantworteter Militärschlag gegen den Irak mit den angedeuteten negativen Folgen für Weltgesellschaft und Weltwirtschaft im Widerspruch zu allen anderen außenpolitischen Zielen stehen, die die USA mit den EU-Staaten (und vielen anderen Staaten wie China, Indien, Japan und Russland) verbindet. Der Rechtsphilosoph und Strafrechtler *Reinhard Merkel* hat sehr klar den Standpunkt entwickelt, dass ein Präventivkrieg, wie ihn die Amerikaner zur Zeit planen – „Wir müssen den Begriff des ‘unmittelbaren Drohens’ anpassen an Fähigkeiten und Ziele unserer heutigen Gegner“ (Bush-Doktrin 2002) – „keine rechtlich mögliche Form der Notwehr“ darstellen würde:

„Er liegt außerhalb der Reichweite ihres Begriffs und damit ihrer Legitimation. Er hebt das Gewaltverbot auf. Dieses ist aber keine disponible Form des Völkerrechts. Es ist die Bedingung seiner Möglichkeit als Recht...Der Verbrecher, der eine Norm bricht, kann deren Geltung nicht antasten, und wäre er ein Staat, der Krieg führt“ (Merkel 2002).

Es ist daher politisch vernünftig und ethisch geboten, wenn sich die Europäer möglichst geschlossen auf ihre in den Balkankriegen gemachten Erfahrungen besinnen und der US-amerikanischen Präventivstrategie ein eigenes Sicherheitskonzept entgegenstellen – allgemeine Sicherheit durch *kooperatives Krisenmanagement* auf der Grundlage klarer *Berechenbarkeit der zugrundeliegenden Werte* und krisenfester *Erwartungsverlässlichkeit bei den politischen Taten*. Dieses ist kein pazifistisches Konzept, sondern eine Strategie klugen Machtgebrauchs, die eine „humanitäre Intervention“ mittels einer europäischen Eingreiftruppe nicht grundsätzlich ausschließt – sondern sie als *ultima ratio-Mittel* durchaus einkalkuliert.

Wenn Regierungen mächtiger Staaten – hier also die USA – wider ihrer eigenen rationalen Interessen zu handeln planen, vor allem im Bereich der internationalen Sicherheitspolitik, dann sind – in sofern hat Bundeskanzler Schröder völlig Recht - auch Bündnispartner in der NATO berechtigt, wenn nicht genötigt, über eigene Prioritäten und auch Handlungsoptionen zur Abwehr und Eindämmung solcher Gefahren nachzudenken. Zunächst einmal muss geklärt werden, wie es zu dieser von Washington bewusst herbeigeführten *irrationalen Entfremdung* zwischen den USA und Großbritannien (dessen Premierminister Tony Blair aus kaum nachvollziehbaren Gründen die Bush-Administration auch gegen den Mehrheitswillen der eigenen Bevölkerung unterstützt hat) einerseits und dem Rest der Staaten der Großen Politik (EU, China, Russland, Japan, Indien, Arabische Liga) andererseits gekommen ist. Diese Entfremdung ist deshalb wenigstens nach unseren heutigen Kenntnissen über die Art der vorliegenden Bedrohung für den Frieden in der Welt als *irrational* zu etikettieren, weil es die „Staatsräson“ aller

beteiligter Staaten verlangen müsste, das Gegenteil zu tun und den Frieden zu wahren und erst als „ultima ratio“ mit Gewalt den Zustand herbeizuführen, der auf diplomatischem Wege nicht zu erreichen war.

Liegt im „11. September“ die Erklärung für das seitdem aufgetretene amerikanische Sicherheitsparadox?

US-amerikanische Stimmen zur politischen und geistigen Bewältigung des 11. Septembers : „gerechter Krieg“ gegen das Böse im Osten und „heiliger Krieg“ gegen den „großen Satan“ im Westen

Über die schrecklichen Ereignisse den 11. September 2001 ist weltweit viel reflektiert und dabei auch viel Kluges (und einiges Speklatives) publiziert worden, so dass man Gefahr läuft, nicht mehr viel Originelles zum Thema internationaler Terrorismus und seine Folgen beitragen zu können. Aber die jüngsten krisenhaften Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten einerseits und der neue *Unilateralismus* der Weltmacht USA in Sachen eigener Sicherheitspolitik andererseits sind ein Jahr nach dem Angriff auf New York und Washington Anlass genug, über die seitdem möglicherweise eingetretenen Veränderungen in der internationalen Politik nachzusinnen. Es sind auf den ersten Blick keine Veränderungen zum Guten, bis auf die Vertreibung des Taliban-Regimes aus *Afghanistan*, was einem noch nie integrierten Volk der Stämme erstmals in seiner gewaltträchtigen Geschichte die Chance gibt, zu einer selbstbewussten modernen Nation oder zu einem nationalen Staat zusammenzuwachsen – ein auf Generationen angelegtes Modernisierungsprojekt mit erheblichen Risiken. Auch die deutsche Außenpolitik der Regierung Schröder/Fischer hat zu seinem Zustandekommen (Petersberger Afghanistan-Konferenz) ein wenig beigetragen. Missglückt es aber, ist wohl der Staatszerfall – wie heute in Somalia - für längere Zeit unabwendbar.

Vielleicht hat sich die Welt durch den bislang singulären Terrorschlag vom 11. September – „eine grenzenlose Verachtung des Lebens“ (Bahman Nirumand 2001: 115) - noch nicht wirklich verändert, d.h. in ihren Strukturen der Organisation von Macht und Frieden, Entwicklung und Glück -, aber die terroristischen Angriffe auf die Symbole US-amerikanischer Macht (und auf die erdrückende kulturelle Dominanz des Westens) haben zwei tendenzielle Veränderungen bewirkt, von denen noch nicht absehbar ist, ob sie vorübergehend oder dauerhaft sein werden:

- Zum einen haben sich *Selbstbild und Selbstverständnis* der Vereinigten Staaten von Amerika als einzigartiger Führungsmacht verändert, in dem „es der Welt mit dem unilateralen Anspruch begegnet, es repräsentiere die Zivilisation – ob es dies nun in der Form isolationistischer Selbstbezogenheit oder durch aktiven Interventionismus kundtut“ (so in den Worten Immanuel Wallerstein 2002: 569). Die Bush-Doktrin vom September 2002 ist prägnanter Ausdruck

dieses neuen Selbstbildes der USA als der Supermacht, die für nationale Interessen eintritt, die als universelle Werte ausgegeben werden, womit sich diese Politik gegen Kritik zu immunisieren versucht.

- Zum anderen hat sich der latente (politische) *Antiamerikanismus* in der Region des Nahen und Mittleren Ostens sowie im islamischen Nordafrika als Folge der Reaktion der USA auf den 11. September intensiviert und kulturell aufgeladen, was eine gefährliche Tendenz zum Entstehen eines allseits ungewollten „Kampf der Kulturen“-Szenarios bewirken könnte.

Beunruhigte Zeitgenossen fragen sich deshalb zurecht: Sollte etwa *Samuel Huntington* mit seiner Prognose vom „*clash of civilizations*“ (Kampf der Kulturen) als strukturbildendem Konflikt des 21. Jahrhunderts doch für die Region des Nahen und Mittleren Ostens recht haben? Haben wir es dabei mit einer gefährlichen „*self-fulfilling prophecy*“ zu tun? Hat es nicht ganz den Anschein, dass Fragen der *kulturellen Identität* als Grundlage für politisches Handeln – „*wir*“ gegen „*die*“ – eine größere Rolle spielen als noch vor dem 11. September?

Wo martialisches Sicherheitsdenken triumphiert, schwindet die politische Sensibilität für die Modernisierungsnöte anderer Länder – für deren existentielle Interessen und ihre immer wieder erneuerbare Identitätsdefinition. Konterproduktiv (und politisch unklug) war und ist der Sprachgebrauch des Weißen Hauses, die drei asiatischen Staaten, die wenig miteinander verbindet, als „*Schurkenstaaten*“ zu bezeichnen – nämlich neben Irak und Nordkorea auch den Iran – einen Staat, dessen reformmutiger *Staatspräsident Mohammad Khatami* schon 1998 dazu aufgerufen hat, „die westliche Zivilisation als eine kraftvolle Realität unserer Tage anzuerkennen und seine Errungenschaften zu übernehmen“, selbst wenn es „kaum nichtwestliche Völker und Länder gibt, die die Peitschenhiebe seiner politischen und wirtschaftlichen Ausbeutung nicht auf dem eigenen Rücken gespürt haben“ (Khatami: „Keine Religion ist im Besitz der absoluten Wahrheit“, in: Die FAZ vom 26.9. 1998, S. 35. Übersetzung aus dem Persischen). Es ist eines der für Europa wichtigsten Lerngesellschaften Asiens, in der ein dramatischer Kampf zweier Linien um die Zukunft einer modernen, offenen, gleichwohl frommen und gottesfürchtigen Muslimgesellschaft ausgefochten wird.

Das während des Vietnamkrieges in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts geprägte Wort, adressiert an lernunfähige „imperiale“ US-Präsidenten, von der „*Arroganz der Macht*“ – von Senator Fulbright populär gemacht -, geht wieder um. Die *handelsprotektionistischen* Maßnahmen der neuen US-Regierung (bei Stahl- und Getreideexporten z.B.), die den WTO-Prinzipien zuwiderlaufen und der Philosophie des globalen Freihandels Hohn sprechen, sowie die ablehnende Haltung gegenüber der internationalen Verrechtlichung des Umwelt- und Klimaschutzes sowie der Strafgerichtsbarkeit (Blockierung der Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofes) – sind weitere Anzeichen dafür, dass der politischen

Klasse in Washington das Interesse an Kollektivanstrengungen zur Erlangung von „common goods“ abhanden gekommen ist.

Hat sich das Selbstverständnis der Machtelite der USA als der hegemonialen Führungsmacht der Welt durch den Schock vom 11. September so verändert, dass weder die NATO als primärer Garant von Sicherheit in Anspruch genommen wird noch die europäischen Partner einer Konsultation für Wert befunden werden? Immer wieder steht die Frage im Raum: Triumphiert jenseits des Atlantiks zur Zeit *Neorealismus pur* oder handelt es sich um eine aktuelle, aus dem Verwundbarkeitserfahrung geborene Variante des US-amerikanischen Idealismus, der sich den Kampf gegen das Böse in der Welt auf die Fahnen geschrieben hat, was einer Neuauflage des Vietnamirrtums in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts gleichkäme?

In einem bemerkenswerten Aufsatz hat der bekannte US-amerikanischen Welt-systemhistoriker *Immanuel Wallerstein* selbstkritisch über die USA geschrieben: „Ich glaube nicht, dass Amerika und die Amerikaner die Ursache aller Misereen und Ungerechtigkeiten dieser Welt sind. Ich glaube, sie sind in erster Linie ihre Nutznießer. Und hierin besteht das fundamentale Problem der USA als Nation in einer Welt von Nationalstaaten“ (Wallerstein 2002: 566). Und dann kritisierte er seine Landsleute, die da glaubten, ihre Gesellschaft und Kultur repräsentierten außergewöhnliche Ideale, würden aber dabei vergessen, dass sie auch von ihren außergewöhnlichen Privilegien profitieren würden. Wie alle Menschen, würden auch Amerikaner „Privilegien vor Ideale“ setzen; nur seien eben US-Bürger „ganz einfach mächtiger und privilegierter“ als alle anderen und daher frei und rücksichtslos genug, sie ignorieren zu können. So lange diese Attitüde kultureller Arroganz – „*the West against the rest*“ – andauere, könnten die USA mit anderen Völkern nicht in Frieden leben. Wallerstein plädiert dezidiert für einen konstruktiven Dialog auf gleicher Augenhöhe „nicht mit Osama Bin Laden, sondern mit unseren engsten Freunden und Verbündeten – mit Kanada und Mexiko, mit Europa, mit Japan“ (Wallerstein 2002: 568).

Der deutsche Politologe *Werner Link* hat kürzlich in einer Analyse der amerikanischen Außenpolitik unter George W. Bush als internationale Hauptwirkung des 11. September eine „*Bipolarisierung im Prozess von Macht- und Gegenmachtbildung*“ konstatiert: Während die Dschihadisten (der Al-Khaida) die USA zum Erzfeind erklärt hätten, habe die Bush-Administration „die vollständige und absolute Vernichtung“ der Terroristen (so Vizepräsident Cheney) angekündigt. Dies lasse „die fatale eschatologische Vision einer einheitlichen und geeinten Gemeinschaftswelt aufscheinen, die zwar noch nicht existiert, aber nach amerikanischem Bilde und unter amerikanischer Führung Realität werden soll“ (Link 2002: 54).

Die Metapher vom *gerechten Krieg* gegen die Feinde der (westlichen) Zivilisation ist in den USA in den Monaten nach den Anschlägen auf die Zwillingss-

türme des New Yorker World Trade Center – die für Amerikaner Symbole darstellten für technischen Fortschritt und unbegrenzte Hoffnungen (Wallerstein 2002: 562) – des öfteren verwandt worden. Aufsehen erregte das *Manifest „Krieg gegen den Terrorismus“*, das von 60 amerikanischen Intellektuellen unterschrieben worden war, weil es im Namen der allgemein gültigen Grundwahrheiten dafür plädierte, notfalls einen gerechten Krieg zum Schutz dieser Werte zu führen. Von arabischer Seite ist dieses Manifest scharf kritisiert worden, weil die US-Amerikaner darin den Eindruck erweckten, dass die Kultur des Westens die universale Weltkultur sei, „der eine einzige Strom der Zivilisation“ und dass alle anderen „entweder Zuflüsse sind oder im Wüstensand versickern würden“ (in den Worten Arnold Toynbee, zit. nach Vorländer 2001: 6). Die wohl meist gehörte Stimme der palästinensischen Intelligenz – der an der amerikanischen Columbia University lehrende Literaturwissenschaftler *Edward Said*, Autor des Klassikers „*Orientalism*“ – kommentierte das Manifest scharf als „das erste Geschoss in einem neuen kalten Krieg, der von den USA ausgerufen wurde – ironischerweise mit voller Unterstützung jener Islamisten, die behaupten, ‘ihr Krieg’ richte sich gegen den Westen und Amerika“ (Wahid Saadah 2002: 33). Und dann kritisiert er, dass nirgends die zahllosen Toten genannt werden, „die Amerika direkt oder indirekt verschuldet habe – einschließlich der Millionen, die in Vietnam, Kolumbien, der Türkei und Indonesien mit Kenntnis und Unterstützung der USA getötet wurden“ (zit. nach Wahid Saadah).

Durch die Kritik der Sprecher der arabisch-islamischen Region an den USA zieht sich wie ein roter Faden das Argument der Geschichtsvergessenheit – oder anders gesagt der mangelnden Sensibilität für die Leiden anderer, weniger starker Völker, die es in ihrer Ohnmacht nicht wagen können, sich gegen die militärische Supermacht so aufzulehnen, wie viele dieses gerne möchten. Und so kommt es auch in oppositionellen Kreisen in den USA immer häufiger zu einem Verständnis der Sorgen, die Ausländer – vor allem auch Europäer wie Chirac in Frankreich und Schröder in Deutschland – über den neuen Kurs der Bush-Administration äußern. So hat der in Stanford lehrende Literatur- und Philosophie-Professor *Richard Rorty* kritisiert, dass jeder, der in den USA den Krieg gegen das Saddam-Regime nicht gutheiße, als „weichlicher Europhiler“ gelte und gleichzeitig beteuert:

„Wir teilen die Betroffenheit, mit der Europäer die abenteuerliche Arroganz betrachten, die unsere Regierung seit dem Amtsantritt von Bush an den Tag gelegt hat. Wir sind entsetzt darüber, dass unsere Regierung die letzten Überreste des *Wilsonschen Internationalismus* aus der Politik getilgt hat – und nun darauf bestehen, dass US-Soldaten nie unter dem Kommando eines Ausländers stehen werden und dass US-Kriegsverbrecher nie vor einen internationalen Gerichtshof kommen dürfen“ (Rorty 2002; Hervorhebung von RT).

Der Nahe Osten als kriegsbedrohtes nahes Ausland für Europa – politisierter Kulturraum der Demütigungen durch den Westen

Der 11. September hat eine latente Konfliktlinie im *Nord-Süd-Verhältnis* grell beleuchtet und vielleicht verstärkt – die spürbare Rückwirkung des Armutproblems des Südens auf das Wohlbefinden im Norden, was hier als „Chaospotential“ perzipiert wird. Bei der Beschäftigung mit den Hintergründen und Ursachen der Terrorakte gegen Amerika stießen Beobachter der Region auf die relativ große positive Resonanz dieser Untaten in zahlreichen Armutsmilieus der Dritten Welt, was den sensibleren Zeitgenossen die Bedeutung des Armutproblems als Hindernis für eine interkulturelle Verständigung über vernünftige und faire Spielregeln des Zusammenlebens in einer komplex vernetzten Welt vor Augen führt.

Zwei alternative Hauptargumente sind zur Erklärung der Reaktion auf den Anschlag vom 11.9. vorgebracht worden: die *Islamthese* und die *Globalisierungsthese*: Besagt erstere, dass der Terror seine Wurzeln in der unaufgeklärt gebliebenen Religion des Islams habe, so behauptet die andere, dass der islamistische Terror eine Reaktion auf den entfesselten Kapitalismus sei, der die Menschheit in Globalisierungsgewinner und -verlierer spalten würde. Insofern hätten sich die USA als historische Lokomotive der politisch gewollten Globalisierung die Anschläge im Grunde selber zuzuschreiben (nach Jochen Müller 2002: 43-44).

Beide Thesen sind einseitig und insofern unzutreffend, aber die Kombination beider Argumente kommt der Wahrheit wohl ziemlich nahe. Denn heute scheint doch so viel gewiss: Der Terror der *Al-Kaida* ist zwar nicht als der Aufschrei der verarmten Massen der Dritten Welt zu interpretieren, wohl aber hat er insofern etwas mit sozialer Ungerechtigkeit in der Weltwirtschaft zu tun, als er politisch von den verarmten Randgebieten des globalen Marktes profitiert. Menschen ohne Entwicklungsperspektive überlassen sich der Versuchung der terroristischen „Vergeltung“ der Schmach des eigenen Elends. Udo Steinbach hat dazu die folgende Einschätzung der Lage gegeben: Armut und die Furcht, von den Früchten der Moderne *ausgeschlossen* zu bleiben, gepaart mit paternalistischer Arroganz fremder Hegemonialmächte, erzeugte den sozialen Nährboden für Hass und unzivilisiertes, im Extremfall barbarisches Verhalten. Der iranische Schriftsteller *Bahman Nirumand* (der selbst als Kind die Arroganz der Briten beim Sturz des Reformers Mossadegh erlebt hatte) hat m.E. die plausibelste Erklärung für den in der Region weit verbreiteten Hass auf die US-Amerikaner und ihre imperialistische Hegemonialpolitik abgegeben:

„Schauen wir uns die Weltkarte und die Geschichte der letzten 50 Jahre an. Wir werden kaum ein Land finden, in dem die Amerikaner nicht direkt oder indirekt eingegriffen haben, wenn es den amerikanischen Interessen und dann zumeist den herrschenden Oligarchien dieser Länder diene. Die Bilder aus Vietnam, die durch Napalmbom-

ben geschändeten Körper sind jedem, der sie einmal gesehen hat, in Erinnerung... Diese Geschichte, das Verhältnis der USA vor allem zu den Ländern, die sich an der Peripherie der globalisierten Welt befinden, erzeugte tiefe Wunden, Aversionen, ja Hass und Rachgefühle. Es ist völlig abwegig, diese Gefühle auf einen vermeintlichen Kampf der Kulturen oder etwas auf eine irrationale Feindschaft zwischen Islam und Christentum zurückzuführen. Der Hass wird durch Fakten erzeugt, die nicht ignoriert werden können. Die vermeintliche kulturelle Feindschaft, die heute suggeriert wird, soll von eben diesen Fakten ablenken“ (Nirumand 2001: 116-117).

Ein Jahr nach dem 11. September kann man mit ziemlich Klarheit erkennen, dass die Nirumand-These vom Hass, der aus den Fakten stammt und sich nur kulturell-religiös drapiert, in Washington und anderen westlichen Hauptstädten nicht recht verstanden wurde oder als irrelevant abgetan wird (vgl. Volle/Weidenfeld 1997). Die mageren Ergebnisse der UN-Konferenz in Johannesburg zehn Jahre nach der hoffnungsvollen Rio-Konferenz über Umwelt und Entwicklung bestätigen aktuell den Eindruck. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich in den vergangenen zehn Jahren weiter geöffnet, eine Trendwende ist nicht in Sicht. Die vor dreißig Jahren prognostizierte Katastrophenfahrt eines nicht-nachhaltigen Zivilisationsmodell geht kaum gebremst weiter, und die Großregion des Nahen Ostens, in dem geschlossen gehaltene Volkswirtschaften den technologisch-wissenschaftlichen Anschluss an die globalisierte Weltökonomie zu verlieren drohen (Antes 2001), gehören zu den *Globalisierungsverlierern*. Und dies hauptsächlich aus zwei Gründen, wegen der Unfähigkeit der eigenen (durchweg undemokratischen) Regierungen, ihre Gesellschaften durch geeignete Bildungsreformen wettbewerbsfähig und innovativ zu machen, und wegen des ungelösten Palästina-Israel-Problems, das zahlreiche Energien unproduktiv absorbiert.

Israel unter Ministerpräsident Scharon, der nicht den ausgleichenden, gerechten Frieden zu suchen scheint, sondern in einer Politik der militärischen Stärke auf Kosten des Gegners (der zum Dämon stilisiert wird) sein Heil sucht – von der Bush-Administration fast bedingungslos in all seinen Torheiten passiv, wenn nicht aktiv unterstützt -, ist der symbolische Stachel im Fleisch der Palästinenser und Araber (Steinbach 2002). Man sieht nicht, wie diese unilaterale Sicherheitspolitik den Israelis das bringen könnte, was diese in ihrer großen Mehrheit ersehnen und auch von dem Wahlkämpfer Scharon versprochen bekommen haben – nämlich Frieden und Sicherheit in geschützten Grenzen. Der Ministerpräsident Scharon provoziert die wieder einmal unterlegenen und gedemütigten Palästinenser zu weiteren terroristischen Selbstmordattentaten - die verzweifelte Reaktion der Schwächeren. Es ist wohl nicht auszuschließen, dass diese antiquierte und gefährliche Form der Sicherheitspolitik Scharons, die zwar im Augenblick noch die Oberhand hat (bei schrumpfender Zustimmung der Bevölkerung), aber langfristig keine sicheren Verhältnisse in der Region schaffen kann, die unterlegene

Seite zu weiteren Vergeltungs- und Wahnsinnsaktionen provoziert. Langfristig kann Israel, setzt es diese Strategie fort, politisch nur verlieren: In ein oder zwei oder drei Generationen wird sich das Gewicht zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn wohl so verschoben haben, dass Israel einen neuen Saddam oder einen neuen Bin Laden kaum wird abhalten können, gegebenenfalls alle verfügbaren Waffen (einschließlich ABC-Vernichtungsmittel) einzusetzen, um die generationenlange Schmach zu tilgen. Die erstmals per Fernsehen übertragenen Bilder von den israelischen Panzern in Dschenin und Ramallah, die hilflos von Steine werfenden palästinensischen Kindern „bekämpft“ werden, haben sich – so der syrische Sozialwissenschaftler Sadik Al-Azm auf den diesjährigen Stuttgarter Kulturtagen – tief in die Gemüter der arabischen Jugendlichen eingepägt, nichts Gutes verheißend.

Nicht die individuellen Beweggründe der islamistischen Terroristen der al-Kaida für ihre Taten verdienen Aufmerksamkeit, wohl aber die Ursachen für die breite soziale Resonanz ihres *Dschihad* gegen den Westen. Obwohl sich die eigentlichen Ursachen für das Unbehagen an der westlichen Moderne in den arabischen und muslimischen Gesellschaften seit langem entwickelt haben (Sadik J Al-Azm 1993; Khoury 1991, Heine 1996), hat sich die mentale Abwehrfront bei einigen militanten Minderheiten (wie den Muslim Brothers) mit der beschleunigten Globalisierung verstärkt. Die rücksichtslose Besatzungspolitik des israelischen Ministerpräsidenten Scharon in Palästina hat die lange Kette der Demütigungen fortgesetzt. Dadurch hat das seit langem kultivierte Bewusstsein bei den Eliten der arabischen Staaten, vom säkularisierten, aggressiven Westen „eingekreist“ und „belagert“ zu sein (Tibi), neue Nahrung erhalten. Das *Kreuz der amerikanischen Hegemonie* besteht aus arabischer Sicht weder allein in der Existenz des jüdischen Staates noch dessen Besetzung arabischer Erde in Cisjordanien, Gaza und auf dem Golan. „Was man von Intellektuellen und Schriftstellern, westlich orientierten Köpfen, in der arabischen Hauptstadt Kairo hört, unisono fast und so weit im Gleichklang mit den Muslimbrüdern ebenso wie mit linken Oppositionellen, ist der lapidare Befund, dass die USA – unter anderem dank Saddam Hussein – heute die gesamte arabische Welt dominieren. Bis zur Ostgrenze Pakistans, einer Islamistenschmiede seit den vierziger Jahren, haben sich die Vereinigten Staaten als Nachlassverwalter der europäischen Kolonialmächte bis heute durchgesetzt, wenn auch auf jeweils eigene Weise: Sie haben mit General Zia ul-Haq die Rote Armee aus Afghanistan vertrieben, mit Saddam Hussein den aus dem Ruder gelaufenen Iran Khomeinis in die Schranken gewiesen, mit den arabischen Partnern der großen Koalition von 1990/1991 den Irak aus Kuwait vertrieben, von den saudischen Ölfeldern ferngehalten – und – wenn auch nicht zu lasten des Regimes, sondern der Bevölkerung – unter Quarantäne gestellt“ (Brunold, 2001: 11; vgl. Steinbach 1998).

Zur kulturell-religiösen Demütigung (bei frommen Muslimen) und zur politischen Spaltung trägt bei, dass die „Pax Americana“ im Nahen und Mittleren Osten die Regime stützt – vor allem Saudi-Arabien, Kuwait, Oman, die Golfstaaten –, die als einheimischen Vollstrecker westlicher Wirtschaftsinteressen dienen, die die große Mehrheit der Araber um ihren gerechten Anteil am gottgegebenen *Ölreichtum* der Region betrügen. Einen Ersatz für die fehlende interne Legitimation suchen die Autokraten aus dem Einvernehmen mit auswärtigen Partnern zu gewinnen, was ihrer reaktionären Despotie den Anstrich von Fremdherrschaft gibt. Im Innern haben sie als Verteidiger himmelschreiender Ungerechtigkeit längst jede Opposition eliminiert – was in jüngster Zeit auch für Ägypten gilt – mit Ausnahme jener, die sich in die Moschee zurückgezogen hat und dort giftige Früchte treiben kann. Wo sich gewaltbereite Fanatiker nicht ausschalten lassen, werden sie entweder mit der Geldspritze ruhig gestellt oder außer Landes geschafft oder beides (nach Brunold 2001).

In seinem Buch „Taliban. Afghanistans Gotteskrieger und der Dschihad“ hat der pakistanische Publizist *Ahmed Rashid* die Bedeutung von Demütigung und Ausplünderung durch Fremde auf heiligem Land als Begründung für den „*Dschihad gegen Juden und Kreuzritter*“ hervorgehoben. So haben im Februar 1998 alle mit Al Quaida assoziierten Gruppen ein Manifest erhalten, in dem stand: „Seit mehr als sieben Jahren besetzen die USA Grund und Boden des Islam an den heiligsten Orten der arabischen Halbinsel, plündern seinen Reichtum, befehlen seine Herrscher, demütigen seine Bewohner, terrorisieren seine Nachbarn und machen ihre Militärbasen auf der Halbinsel zu einer Speerspitze, mit der die umliegenden muslimischen Völker bekämpft werden sollen“ (Raschid 2001: 229) – eine Bestätigung der oben erwähnten Nirumand-These von den Fakten der Demütigung durch den Westen.

Dieser innere Zusammenhang zwischen externer Kolonialisierung und sozialer Spaltung der muslimischen Gesellschaften in kollaborierende Machteliten und ausgeschlossene unterdrückte Massen, die eine islamische Identität als Gegenentwurf zur dekadenten europäischen Moderne konstruieren, ist als „das *islamische Argument*“ bezeichnet worden (Jochen Müller 2002). Konfrontiert mit der Macht und Faszination der westlichen Moderne, standen den Kolonisierten zwei Wege offen: Integration oder Abgrenzung. In diesen beiden Formen verläuft die Auseinandersetzung zwischen dem Islam und dem Westen bis heute – mal mehr das eine, mal das andere betonend. Die Eliten der arabisch-muslimischen Welt haben sich nicht dem Westen und der Moderne entzogen oder diese bekämpft, im Gegenteil: Die heutigen moderaten Islamisten sind in Ländern wie Ägypten oder der Türkei zu einem großen Teil „pragmatischen Technokraten“. Dem entspricht auch ihre soziale Herkunft: Viele Muslimbrüder beispielsweise gehören den Oberschichten an, sind studiert, Anwälte, Ärzte, Naturwissenschaftler und laden

in vollklimatisierten Büros in Schlips und Kragen zum Interview. Sie haben sich mit der herrschenden Weltordnung arrangiert und in weltweit hegemoniale Diskurse eingeklinkt: Demokratie, Pluralismus, Zivilgesellschaft und Menschenrechte gehören zu ihrem Repertoire“ (Müller 2002: 51-52).

Schließlich ist für kluge Nahostpolitik in Rechnung zu stellen, dass die ölproduzierenden Länder des Nahen Ostens den Herrschaftstyp des politisch stabilen, aber repressiven *Rentierstaates* hervorgebracht haben. Es handelt sich dabei um ein politisches System, das zwar auf Grund relativ hoher und gleichmäßiger Erdöleinnahmen („Renten“) durch moderne Bewaffnung und effiziente Sicherheitsapparate politische Stabilität erzeugt, nicht aber unbedingt gesellschaftliche Modernisierung und systemische Wettbewerbsfähigkeit; denn eine Regierung, die den Großteil ihrer Einnahmen unabhängig vom Steueraufkommen der eigenen Bevölkerung bezieht, sondern vom Rohstoffverkauf im Ausland, ist strukturell der Versuchung ausgesetzt, paternalistisch *für* das unmündig gehaltene Volk und nicht dienend *durch* das politisch mobilisierte Volk zu regieren, das sich in Interessenverbänden und Parteien organisiert und demokratische Forderungen durchzusetzen versteht. Wenn dieser Typ von Gesellschaft in Zukunft durch ausbleibende Renteneinnahmen (Versiegen der Erdölquellen) in politische Legitimationsturbulenzen geraten wird, dann könnten weitere Sicherheitsrisiken für Israel, die USA und europäische Staaten entstehen. Aus Afrika konnte man lernen: Staatszerfall beginnt oft im Zentrum der Macht infolge eines härter werdenden Verteilungskampfes um knappe Staatsrevenue. Dieses *Horror-Szenario der kollabierenden Rentierstaaten* legt es nahe, heute darauf hinzuwirken, dass Eliten und Zivilgesellschaft dieser Länder von den Vorzügen pluralistischer, demokratischer Gesellschaften und ihrer Werte (Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Ideal der sozialen Chancengleichheit, Gleichberechtigung der Geschlechter etc.) überzeugt werden. Mit großer politischer Empathie für die Nöte dieser Gesellschaften und mit ebensoviel Verständnis für die Ursachen der internen und externen Blockierungen ihrer Modernisierung sollte europäische (und amerikanische) Politik auf eine Kooperation der Kulturräume hinwirken, um Probleme im Geist der Solidarität klein zu arbeiten und sie damit einer Lösung zuzuführen.

Nach dem 11. September 2001 ist bezüglich eines politisch verhandelten Interessenausgleichs zwischen Nord und Süd mit nachhaltiger Wirkung nicht viel geschehen, ganz im Unterschied zum Aktivismus auf dem Gebiet der Sicherheit für Globalisierungsprotagonisten. Statt den „Krieg“ gegen Armut und religiös gefärbten Hass, gegen „ethnische Konflikte“ und soziale Exklusion der marginalisierten Schichten aufzunehmen, wird im Westen viel – zu viel – darüber nachgedacht und dementsprechend Geld ausgegeben, wie „*im langen Feldzug gegen den internationalen Terrorismus* (G. W. Bush) die eigenen Wohlstandsinseln zu Festungen der Verteidigung für Globalisierungsgewinner ausgebaut werden kön-

nen. Dieses Programm verändert auch die Grundlage der Kooperation der westlichen Allianz mit der Konsequenz, dass Europa als selbstbewusste Interessen- und Wertegemeinschaft auch eigenes Profil entwickeln muss, notfalls auch in kritischer Distanz zum Übertäter Amerika. Denn Europa mit seiner Millionenschar zugewanderter Muslime und als direkter geographischer Nachbar eines islamischen Kulturkreises mit Hunderten von Millionen von Muslimen, die in überbevölkerten Städten im Nahen Osten und in Nordafrika leben, hat ein vitales Interesse an der Vermeidung eines interkontinentalen *clash of civilizations* mit dem Islam. „Deshalb muss die Europäische Union für Dialog und Toleranz gegenüber dem Islam eintreten – und braucht dazu keinen „Vormund“ aus den USA, deren Außenpolitik niemals so imperial war wie heute“ – meinte kürzlich Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt (Schmidt 2002, 3).

Anti-Amerikanismus und die Emotionalisierung von Politik: die kulturelle Aufladung von politischen Feindbildern statt „investment in human development“

Was zahlreiche Intellektuelle in Europa in den Tagen nach dem 11. September am meisten erschreckte und bewegte – neben dem Mitleid mit den unschuldigen Opfern der Terroranschläge und ihren Hinterbliebenen – war der offen zur Schau getragene *Hass* auf die USA, der von Zehntausenden von Muslimen in den Straßen von Karatschi, Kairo oder Damaskus zum Ausdruck kam, weil sie fürchteten, dass die angegriffene Supermacht in einer militärischen Blitzaktion wieder einen Angriff auf ein muslimisches Land (Afghanistan) starten würde. Wie sich bald zeigte, waren die meist jugendlichen Demonstranten über die realen internationalen Zusammenhänge und die Gefahren des Terrorismus nur wenig informiert und konnten deshalb nur allzu rasch fehlinformierte Opfer von Scharfmachern mit politischen Interessen werden. Aus einer *friedenspolitischen* Perspektive kam einem unmittelbar die Einsicht und der Wunsch in den Sinn, dass diese empörten, fanatisch wirkenden Massen in den Genuss der individuellen Menschenrechte, einschließlich der Rechts auf Bildung und auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit, gebracht werden sollten und dass sie dann eine Chance erhalten müssten, an der globalisierten Moderne als Erwerbspersonen aktiv teilnehmen zu können. Dazu würde es aber Milliardenollarbeträge in „*human development*“ bedürfen, für deren Investition sich aber niemand verantwortlich fühlt. Aber viel Geld wird in den USA nun in die militärtechnologische Aufrüstung gesteckt, um mittels Raketenabwehrschirm den Traum von der eigenen Unverwundbarkeit doch noch realisieren zu können, während alle anderen 190 Staaten der Erde auf diesen Vorzug verzichten müssten..

Dieses ist nur eine Aspekt des neuen Sicherheitsdilemmas im Schatten der Hegemonialmacht. Dass sich aber auch Studentinnen und Studenten aus arabisch-

muslimischen Universitätsstädten, die genauso intelligent, lernfähig und lebensbejahend wie die von Hamburg, London, Paris, Kapstadt oder New York sind, über das Gelingen der Terroranschläge auf die USA freuen konnten (Perthes 2002: 368) und ihre eigenen Regierungen warnten, sich an der internationalen Allianz gegen den Terror an der Seite der USA – des „großen Satans“ (wie der iranische Ayatollah Khomeini zu predigen pflegte) – nicht allzu offensichtlich zu beteiligen, ließ die große *Entfremdung* zwischen den Menschen der islamischen Welt und den Menschen der westlichen Welt (Nordamerika und Europäische Union) deutlich werden, wenn es um ihr jeweiliges *Amerikabild* geht. Die Intellektuellen der arabischen Welt gerieten in eine schlimme innere Zerreißprobe: Um nicht unpatriotisch erscheinen zu wollen, konnten sie öffentlich den antiwestlichen Hassparolen ihrer Landsleute kaum energisch widersprechen, obwohl sie wussten, dass eine Partei ergreifung für Al-Kaida und den islamistischen Terror die Überzeugungen und Werte verletzen würde, für die sie als Menschen einstanden.

Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen – so haben Sigrid Faath und Hanspeter Matthes in ihrer Studie über „Antiamerikanismus und politische Gewalt“ jüngst festgestellt – wenden sich immer mehr von der maßvollen bis ohnmächtigen Politik ihrer Regierungen, die von den USA materiell abhängig sind, ab und wenden sich demjenigen zu, der Macht demonstriert oder sich durch Macht nicht einschüchtern lässt und z. B. die Supermacht Amerika herausfordert: „Diese Begeisterung für den Mutigen, der sich kämpferisch gibt, für den, der es wagt, sich gegen eine Übermacht zu stellen, hat Saddam Husein 1990/91 Sympathien gesichert; die Sympathien galten wohlgerne seinem Verhalten gegenüber der USA, nicht seiner Politik. Die grundsätzliche Begeisterung für alle Herausforderer und Kämpfer hat schließlich auch Usama Bin Laden beträchtliche Sympathien eingebracht“ (Faath/Matthes 2002: 27). Aber die Autoren betonen auch, dass diese antiamerikanischen Einstellungen „hauptsächlich ein *Resultat von politischen Maßnahmen der USA* im Nahostkonflikt, im Konflikt mit dem Irak und gegenwärtig im Zusammenhang mit dem Krieg in Afghanistan und der Antiterrorismuskolalition bzw. Terrorismusbekämpfung“ (ebd.) seien (Hervorhebung im Original). Insofern greift der moderne Islamismus Krisenerscheinungen auf, die der ökonomische Globalismus an seiner Peripherie hervorbringt; er hat „damit die Linke als Protestbewegung der fünfziger und sechziger Jahre abgelöst“ (Müller 2002: 52).

Die Idee der *kooperativen Staatengemeinschaft*, die sich gemeinsame Spielregeln des Verhaltens gibt (auf G-8-Konferenzen z.B.) und sich gemeinsamen Werten (Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte) verpflichtet weiß, hat sich inzwischen – angesichts eines angekündigten Kriegs der US-Amerikanischen Regierung unter George W. Bush gegen den Irak Saddam Husseins – als kurzlebige Utopie entpuppt. Nicht einmal die NATO und die europäischen Bündnispartner, die ihre Solidarität und Bündnisbereitschaft deutlich zum Ausdruck ge-

bracht hatten, wurden und werden von Washington als potentielle Partner für globalen Interessenausgleich ernst genommen. Roger Kagan beispielsweise verspottete die Europäer als „pazifistische Idealisten“, Politikberater wie Zbigniew Brzezinski und Paul Wolfowitz raten zum Ausbau US-amerikanischer Hegemonie über den „eurasischen Kontinent“ (zit. nach H. Schmidt 2002).

Aus der neuen „realistischen“ Perspektive gesehen, bedeutet für Washington die konstruktive Fortsetzung und Erweiterung des partnerschaftlichen, interkulturellen Dialogs mit den arabischen Verbündeten der *Anti-Terrorismus-Koalition*, die klugerweise gleich nach dem 11. September zustandegebracht worden war, über die gemeinsame Sicherheit und materiellen Interessenausgleich wenig. Zwar werden Ägypten und Pakistan für politische Loyalität von Washington finanziell hoch belohnt, aber die amerikanische Außenpolitik scheint vom Gedanken der „gerechten Vergeltung“ und der präventiven Vorbeugung potentieller Gefahr durch physische Vernichtung des Gegners beherrscht zu sein, dem sich alle anderen zu unterwerfen haben, nach der simplen manichäischen Logik: Wer nicht für uns ist, der ist gegen uns und gehört damit zum „Reich des Bösen“. Diese Haltung erinnert an 1947, als Präsident Truman die Welt in gute und böse Staaten einteilte und die Forderung ergehen ließ, sich für die eine oder andere Seite zu entscheiden, womit die Truman-Doktrin geboren war. Eine ihrer Konsequenzen war der Vietnam-Krieg.

Die überwiegende Mehrheit der US-amerikanischen politischen Elite, nämlich Zweidrittel, favorisiert heute eine „*assertive US leadership role abroad*“ (Richman 2000, zit. nach Link 2002: 45). Eine politische Selbstkorrektur der US-amerikanischen Machtelite, die sicherlich nicht als homogen zu bezeichnen ist, scheint zur Zeit wegen der sehr dogmatischen Festlegung auf eine Politik der militärischen Stärke nicht möglich: die Bevölkerung wird auf einen Präventivkrieg gegen das Saddam-Hussein-Regime eingestimmt – alternative Sicherheitskonzepte sind unerwünscht, wenn nicht unpatriotisch. Der elfte September hat offenbar das konservative Establishment in den USA so ins Herz getroffen, das ein *Sicherheitstrauma* entstanden ist, das alle Mittel zu heiligen scheint.

Sicherheit durch Entwicklung und Zusammenarbeit – auch eine US-amerikanische Tradition

Angesichts dessen, was zahlreiche Europäer als eine irgendwie verständliche, aber politisch unkluge Reaktion der Bush-Administration beurteilen, was nichts mit „Antiamerikanismus“ zu tun hat, wie er etwa in den Staaten des Nahen Ostens weit verbreitet ist, darf man wohl daran erinnern, dass es ein ehemaliger US-amerikanischer Verteidigungsminister mit Namen *Robert McNamara* war, der zu Beginn der 70er Jahre als eine Konsequenz aus dem verlorenen Vietnam-Krieg der USA das Konzept der *Sicherheit durch Entwicklung* erfunden und propagiert hat, - wenn

auch in seiner neuen Funktion als Präsident der Weltbank. In seinem Bestseller „*The Essence of Security*“ aus dem Jahr 1968 hatte er zu Papier gebracht:

„Die Beseitigung der Ursachen von menschlichem Leid, Not und Mangel ist unerlässlich, wenn stabile politische Institutionen frei von der Bedrohung durch gewaltsame Revolutionen gedeihen sollen... In einer sich modernisierenden Gesellschaft bedeutet Sicherheit Entwicklung, und ohne Entwicklung kann es keine Sicherheit geben“ (zit. nach George/Sabelli 1995: 47-49). Heute nennt man das zivile *Krisenpräventionspolitik*.

Von einer solchen optimistischen Weltsicht hat sich die Bush-Administration leider weit entfernt, wobei offenbar die Erkenntnis verloren zu gehen scheint, dass eine allzeit verwundbare Industriemacht im Zeitalter der Globalisierung Sicherheit nicht im Alleingang und nicht allein mit Waffen bewirken kann, sondern in erster Linie durch den *Entzug von Gründen für das Gehasstwerden von anderen*, von denen nämlich, die systemisch von den Märkten und den Chancen für eine bessere Zukunft *ausgeschlossen* sind. Das politisch-militärische Sicherheitsproblem entpuppt sich somit zu einem Teil als sozio-ökonomisches Exklusionsproblem, zum anderen Teil als unbewältigtes koloniales oder imperialistisches Erbe.

Dieses Konzept der Schaffung von gemeinsamer Sicherheit durch komplementäre Entwicklungsanstrengungen ist im Grundsatz bis heute plausibel geblieben und ethisch nicht anfechtbar, weil alle davon profitieren, profitieren könnten, wenn nämlich die Hilfe an den richtigen Mann und die richtige Frau gebracht würde. Aber bei diesem theoretischen Plus-Summen-Spiel tat sich ein neues Dilemma auf: das der asymmetrischen Nutzeffekte. McNamara und die Weltbank-Experten wollten die *Armut als einen Zustand materiellen Mangels* bekämpfen, ohne das notwendige politische und soziale *Empowerment* an der gesellschaftlichen Basis einleiten oder verstärken zu können: So wurde die Rettung des Südens mittels eines wahren Bombardements von *Entwicklungshilfekrediten* für arme und ganz arme Entwicklungsländer konzipiert, obwohl noch die internen sozialen und kulturellen Voraussetzungen für eine optimale Absorption der Fremdmittel fehlten.

Es hätte eines nachhaltigen Dialogs mit der Zivilgesellschaft der Entwicklungsländer über „good governance“, Rechtsstaat und pluralismusfreundliche Demokratie bedurft – wie wir heute im nachhinein wissen, aus Schaden klug geworden –, wenn das Konzept „Hilfe zur Selbsthilfe“ ein Erfolg hätte werden sollen. In den meisten Fällen bewirkte die internationale Entwicklungszusammenarbeit nicht den erhofften Durchbruch (den „take-off“ zur entwickelten Industriegesellschaft). Nur einige asiatische Schwellenländer schafften es bisher – und diese sind mit den Märkten, Menschen und Ideen der OECD-Staaten so eng verknüpft, dass von einer freiwilligen, weil funktionsnotwendigen *Konvergenz* der Institutionen, Verhaltensweisen und partiell auch der Werte – Einheit trotz kultureller Vielheit

– gesprochen werden kann. Gleichwohl gibt es begrenzte Handlungsspielräume für eigene Wege – wie Präsident Mahatir in Malaysia bewiesen hat.

Daraus ist zu schlussfolgern, dass es alternative Wege zu mehr sozialer Sicherheit gibt und dass Europa das Gedächtnis an diese Möglichkeit wach halten sollte, was im Rahmen der Lomé-Verträge (seit 2000 Cotonou-Vertrag) zwischen der EU und 46, inzwischen 77 ärmeren Entwicklungsländern wenigstens im Ansatz seit den 60er Jahren versucht worden ist (Brüne 2002).

Fazit: Die positive Utopie einer europäischen Weltinnenpolitik

Wer in Punkten der politischen Ethik und der praktischen Vernunft mit der US-Regierung nicht in allem übereinstimmt, der ist noch lange kein Terrorist (Jedediah Purdy) und auch nicht anti-amerikanisch; denn – wie gezeigt wurde – ist es die Bush-Administration mit ihrer radikalen Abkehr von einigen „westlichen“, d.h. auch gut amerikanischen (!) Werten und Handlungsmaximen der gemeinsamen Vergangenheit der atlantischen Staatengemeinschaft, die Risse in das gemeinsame Fundament der westlichen Demokratien gebracht hat. Politische *Weltbilder* und von ihnen abgeleitete Strategien können sich durch neue Erfahrungen rasch ändern; militärische Niederlagen gehören zu den nachhaltigsten „Lehrmeistern der Geschichte“. Aber auch das Gegenteil kann eintreten: Risse können sich zu Gräben erweitern und anhaltend politische Irritationen zwischen befreundeten Gesellschaften heraufbeschwören, dann nämlich, wenn sich Selbstbilder und Weltbilder verselbständigen. Dass dies in dem hier betrachteten Fall der amerikanisch-deutschen „Zerreißprobe“ nicht zu erwarten ist, zumindest vermeidbar ist, ergibt sich aus der langen Geschichte gemeinsamer Politik nach 1945: Bisher gibt es keinen Anhaltspunkt gegen die These von Heinrich-August-Winkler: Deutschland ist seit 1989/90 mit Haut und Haaren im Westen angekommen (Winkler 2000).

Fassen wir die hier vorgetragenen Fakten und Überlegungen in *zehn Punkten* zusammen, die für die *eigentümliche Ortsbestimmung* einer europäischen Politik angesichts des zunehmenden Unilateralismus der USA und der wachsenden Gefahren durch den Terrorismus der Weltperipherien nützlich sein können:

1. Jede politisch-ethische Reflexion über die Veränderung der Macht- und Gleichgewichtsverhältnisse nach dem 11. September muss von dem Grundsatz ausgehen, dass niemand die von einem heimtückischen Terrorismus heimgesuchte Weltmacht – die USA – daran hindern könnte oder versuchen sollte, ihr *natürliches Recht auf Selbstverteidigung* einzeln oder kollektiv zu definieren und im Rahmen völkerrechtlicher Normen auch wahrzunehmen. Die terroristische Gier nach Zerstörung, Rache, Demütigung des Gegners – wie auch immer „begründet“ – darf und muss spontan unterdrückt, notfalls mit Waffen bekämpft, am besten langfristig überflüssig gemacht werden.

2. Aber ein Rückfall in den konfrontativen *Unilateralismus*, der den Gründungsgeist der Vereinten Nationen beschämt, ebenso wie die Praktizierung einer *neo-realistischen Hegemonialpolitik* seitens der amerikanischen Weltmacht, die partiell ihren eigenen ethischen Idealen zuwider handeln würde, würde dem Friedensgedanken in der Welt eher schaden als nützen und die Entfremdung zur Krisenregion des Nahen Ostens vergrößern. Die *globale Verantwortungspartnerschaft* zwischen den reichen Industrie- und Wohlfahrtsstaaten, die bislang in der OECD und in der UNO eine gemeinsame Plattform hatte, sollte als Ziel nicht aufgegeben werden. Es bedarf aber einer aktiveren Nahostpolitik seitens der EU um zu verhindern, dass die „anti-amerikanisch“ gesinnten Gesellschaften in den Staaten der Nahost-Region in Isolation und Konfrontation gegen Israel erstarren. Daher sollten europäische Politiker und Intellektuelle diejenigen Kräfte in den USA unterstützen und ermutigen (bisher in der Minderzahl), die den terroristischen Angriff auf die Zivilisation der USA mit Mitteln erwidern wollen, „die dieser Zivilisation gerecht werden, nicht der Angreifer wegen, sondern um ihrer selbst willen“ (Purdy 2001). Die Gefahr der Entzivilisierung von Politik in einem schmutzigen Krieg à la Vietnam ist nicht von der Hand zu weisen. Die „Wahrnehmung eines politischen Dilettantismus im Zentrum der Weltmacht“, die die langfristigen Folgen ihres Handelns nicht zu erkennen scheint, ist „trotzlos“ (Merkel 2002: 37).

Das Mitwirken an der *Zivilisierung der internationalen Beziehungen* sollte auch ein Fernziel deutscher Außenpolitik bleiben (Rittberger/Zangel 1997). Dabei sollte man sich die Warnung von Gunther Hellmann vergegenwärtigen, dass Zivilisierung als „ein über alle Parteigrenzen hinweg konsensuales Ziel deutscher Außenpolitik nicht gelingen wird, ohne den zielstrebigem Einsatz deutscher Machtressourcen für eine Welt, die regelgeleitetes Verhalten prämiert und Regelverletzungen sanktioniert und dadurch wechselseitige Erwartungsverlässlichkeit erhöht“ (Hellmann 2002: 7-8).

3. Die praktische Umsetzung des bislang nur angekündigten „langen Feldzugs“ gegen den internationalen Terrorismus durch die Bush-Regierung – verstanden als „gerechter Krieg“ mit militärischen Interventionen auch ohne UN-Mandat – würde nolens volens die Staatengemeinschaft politisch polarisieren, was auch nicht im europäischen Interesse liegen kann. Die Europäische Union und der Nahe und Mittlere Osten sind als eng benachbarte und vielfach miteinander verbundene komplementäre Lebens- und Wirtschaftsräume auf friedliche Koexistenz trotz aller Heterogenität angewiesen. *Zivile Kooperation* der diversen Kulturen mit ihren unterschiedlichen Traditionen, Glaubensbekenntnissen und Leidenerfahrungen und nicht *Kampf der Kulturen*, die über ihre Differenzen und Grenzen ihre Gemeinsamkeiten vergessen, muss daher – was von der Friedens- und Konfliktforschung seit langem gefordert wird – politische Richtschnur bleiben und werden (Senghaas 2000), ergänzt allerdings durch eine Weltwirtschaft, die die

auch Rentierstaaten mit islamischer Wirtschaftsordnung eine echte Perspektive der Modernisierung eröffnet (Inklusionsproblem).

Solange die gegenwärtige Form der *Globalisierung* – das gewollte Produkt US-amerikanischer Interessenpolitik - das ökonomische Leben „auf ein Bündel von universellen Regeln zur Gewinnmaximierung reduziert, wird sie für imperiale Machtausübung gehalten – und erzeugt genauso viel Hass wie Loyalität“ (Purdy 2001).

4. Im Zeitalter globaler Interdependenz verliert der exklusive Anspruch der Staaten auf *Souveränität* seine Berechtigung, was prinzipiell auch für die USA gilt. Unter politischen Verbündeten und innerlich verwandten Demokratien mit gleichen kulturellen Wurzeln erscheint ein gemeinsames Nachdenken über politische Alternativen bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus politisch sinnvoll und ethisch geboten. Eine Außenpolitik wie die deutsche (und seit 1990 wie die europäische, mit Blick auf die Charta von Paris), die sich dem Schutz von universell gültigen *Menschenrechten* verpflichtet weiß, hat sich wenigstens argumentativ und hörbar einzumischen, wenn sich errungene Maßstäbe an Berechenbarkeit und Glaubwürdigkeit in den zwischenstaatlichen Beziehungen zu verflüchtigen drohen. Dabei ist jeder deutsche Sonderweg zu vermeiden; aber im Rahmen europäisch abgestimmter kohärenter Gemeinschaftspolitik sollte und brauchte Berlin nicht nur wie bislang auf Vorgaben anderer zu reagieren, sondern erstmals auch gestaltend agieren.

Mit seinem gut begründeten „Nein“ zu einem Krieg der USA (oder UN) gegen das Saddam Hussein-Regime hat die Regierung Schröder/Fischer erstmals vernehmlich laut ein eigenes Profil gezeigt, was langfristig den Beziehungen zwischen den beiden Pfeilern der atlantischen Gemeinschaft nicht schaden muss. Mit dem Bedeutungsverlust der NATO (durch die USA) und mit der geschwundenen Bedrohung Westeuropas durch den europäischen Osten ist Sicherheitspolitik ein Stück weit nach Europa in den Schoß der Staaten zurückgekehrt. Auch daher ist ein verstärktes Interesse Deutschlands wie der EU an den islamisch-arabischen Krisenregionen im angrenzenden Süden von elementarer Bedeutung.

5. Daher ist es zu begrüßen, wenn heute in Deutschland Außen- und Entwicklungspolitik als „*globalpräventive Politik*“ zur Konfliktvermeidung definiert wird: „In der Tat stehen wir vor der Notwendigkeit einer strukturellen Prävention im globalen Maße. Es muss Vorkehrungen für direktes, d.h. polizeiliches und militärisches Eingreifen im akuten Konfliktfall geben. Aber wir brauchen auch eine langfristige präventive Perspektive im Sinne eines globalen Ansatzes für mehr Gerechtigkeit, für mehr Ausgleich“ (Erler 2002: 13). Wie dringend geboten ein solche Politik des Interessenausgleichs ist, zeigt allein die Tatsache, dass die Agrarsubventionen für relativ wohlhabende EU-Bauern alljährlich höher sind als die gesamte Entwicklungshilfe der EU für zwei Milliarden in Armut lebender Menschen in der Dritten Welt!

6. In ihrer von Pluralismus und Konkurrenz geprägten Geschichte haben die Europäer schließlich nach langen Irrfahrten und fürchterlichem Blutvergießen gelernt, dass *Interessenkonflikte* zwischen Gruppen, Kirchen und Staaten nicht „ausgeschlossen“ werden müssen, sondern als legitim anerkannt und auf Dauer gestellt werden können, um sie dann rechtsstaatlich, parlamentarisch *kleinarbeiten* zu können. In diesem einen Punkt können andere Völker und Staaten wohl *von Europa lernen*, weil hier unvermeidliche Erfahrungen mit der säkularen Moderne frühzeitig verarbeitet werden mussten (Landes 1999, Senghaas 2000). Heute fällt dem gereiften Europa die Rolle zu, die materiellen Ermöglichungsbedingungen für eine solche Entflechtung von Staat und Religion anderenorts zu optimieren, sobald das gewünscht wird.

7. Beim notwendigen Dialog der Kulturen und Völker, der als permanente Einrichtung installiert werden muss, darf nicht länger tabuisiert werden, was im Westen gerne verdrängt wird: Das primär wegen der israelischen Siedlungspolitik unlösbar scheinende *Palästina*problem – eine anhaltende tiefe Demütigung der Menschen und Politiker des muslimischen Kulturkreises - absorbiert dort viele Ressourcen und menschliche Energien und trägt wesentlich dazu bei, dass demokratische Reformen ausbleiben und die ölreichen „Rentenökonomien“ der Region den Anschluss an die globalisierte Weltmarktwirtschaft verlieren. Diese entwicklungspolitische Sackgasse wird auch weiterhin als Nährboden für soziale Frustration fungieren, die sich in Verzweiflungstaten gegen israelische Siedler, die USA und die Symbole der Globalisierung entladen können.

Der 11. September hat die Einsicht vermittelt, dass eine immer ungerechtere und partielle verarmende, perspektivlose Welt politisch noch unberechenbarer wird und zu vereinzelt Wahnsinnstaten provoziert, die aus der Verliererperspektive zu Heldentaten des Widerstands stilisiert werden. Die Deutung des Terrorismus und des Antiamerikanismus aus der islamistischen Welt, er würde aus reiner Freude an Bosheit und Zerstörung das kunstvolle Gehäuse der westlichen Zivilisation torpedieren wollen, greift zu kurz. Wir können vermuten, dass eine *gerechtere Weltwirtschaftsordnung* die Lösung vieler Konflikte wäre, aber noch sind die OECD-Staaten nicht fähig und bereit, die Reformen und Opfer zu bringen, die sie als Privilegierte der Globalisierung anbieten müssten, um ein nachhaltig lebensfähiges Zivilisationsmodell für alle zu initiieren. Die Gestaltung einer solch gerechteren Weltmarktwirtschaft wird eine gemeinsame Aufgabe von USA, EU, Japan, China, Indien und den Schwellenländern bleiben.

8. Der 11. September hat also die Welt verändert, wenn auch nicht eindeutig in eine Richtung: Einerseits hat er die reale Bedrohung durch Terrorakte ins Bewusstsein gehoben, - vornehmlich aus der islamisch-arabischen Region des Nahen Ostens mit seinen schwer lösbaren Modernisierungsproblemen. Andererseits hat der Terrorismus der Al Kaida die Sicherheitspolitik des Westens paradig-

matisch erweitert und stellenweise polarisiert: Kreuzzug versus Kulturdialog. Beide Wege können ihr Ziel verfehlen.

Der wachsende Antiamerikanismus in der Region des Nahen und Mittleren Ostens und die zunehmende Verzweiflung in ihr über die schlechten Perspektiven eines modernen besseren Lebens in religiöser Geborgenheit sind den Frieden destabilisierende Trends und stellen deshalb eine echte Herausforderung für eine konstruktive *präventive Außenpolitik* der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten dar. Sie muss sich im globalen Interesse an allseitiger Sicherheit, einer menschenwürdigen Entwicklung und einem fairen Interessenausgleich in einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung bewähren, – vielleicht nicht kurzfristig, aber wohl in einer längeren Perspektive zukünftiger *Weltinnenpolitik*.

Der 11. September 2001 – meinte kürzlich *Erhard Eppler* – könnte ihre „Geburtsstunde“ sein: „Es ist die Weltrisikogesellschaft, welche Welt-Innenpolitik erzwingen könnte“ (Eppler 2002: 101). Sie ist das Gegenteil der US-amerikanischen Versuchung zum Unilateralismus rechtsfreier Machtpolitik, über die *Reinhard Merkel* urteilte: „Zu glauben, man könne die Stabilität einer derart komplexen Ordnung für immer auf einen *Vorsprung der Macht* gründen, ist bis zum Kindischen abwegig. Die einzige Möglichkeit der dauerhaften Sicherung dieser Ordnung ist die Garantie ihres rechtlichen Fundaments“ (Merkel 2000: 37; Hervorhebung von RT).

9. Dazu gehört, dass westliche Staaten auch Verständnis dafür aufbringen müssen, dass islamisch geprägte Gesellschaften den Wunsch haben, *Ideale der Frömmigkeit* mit den Vorzügen der Moderne verschmelzen zu können. Die Grenze der notwendigen wechselseitigen Toleranz liegt beim *Wahrheitsbegriff*: Keine Toleranz mit Intoleranten, mit Fundamentalisten; „keine Freiheit den Feinden der Freiheit“. Nur wer bereit ist, einen Perspektivwechsel vorzunehmen und die eigene Kultur und Gesellschaft auch mit den Augen anderer zu sehen, ist zur Revision von Selbstbildern und Feindbildern fähig. „Unter den Bedingungen des beschleunigten Komplexitätswachstums der Moderne“ – lehrt *Jürgen Habermas* – lässt sich kein universaler Wahrheitsanspruch mehr „naiv aufrechterhalten. In Europa haben die konfessionelle Glaubensspaltung und die Säkularisierung der Gesellschaft den religiösen Glauben zu einer Reflexion auf seine nicht-exklusive Stellung innerhalb eines vom wissenschaftlichen Profanwissen begrenzten und mit anderen Religionen geteilten Diskursuniversums genötigt... Erst dieser kognitive Schub hat religiöse Toleranz und die Trennung der Religion von einer weltanschaulich neutralen Staatsgewalt möglich gemacht“ (Habermas 2002: 169).

10. Das integrierte und nach Osten erweiterte Gesamteuropa als international präsent werdende zivile Staatengemeinschaft, die nicht nur als regionale Union von gemeinsam zu verteidigenden Wirtschaftsinteressen auftritt, sondern auch als durch Werte integrierte Gemeinschaft in Erscheinung tritt, die Interessenkonflikte aushält, für legitim hält und rational klein arbeitet und die auch nach außen

Kooperationsbereitschaft und Interessenausgleich im Rahmen einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung ausstrahlt – so etwa könnte die *positive Utopie einer europäischen Zivil- und Friedensmacht* skizziert werden, die dann mittelfristig auch im Nahen Osten eine konsistentere nachhaltige Rolle als Vermittler zwischen den Kulturkreisen und Interessenregionen spielen könnte – was dort häufig als Wunsch geäußert wird. Die Tatsache, dass bereits 7 Millionen Muslime in Europa leben, ist ein politisches Pfund, mit dem Brüssel, Berlin, Paris, London, Rom etc. wuchern sollten.

So könnte und sollte die EU in prinzipieller Solidarität mit den USA als selbstbewusster Juniorpartner auftreten und notfalls eigene Werte und Interessen mit eigenen Mitteln und auf eigenen Wegen zu realisieren versuchen. Nicht die bedingungslose Solidarität europäischer Regierungen mit den wechselnden *Weltbildern* einer US-Administration (die keineswegs mit den realen Interessen der Gesellschaft identisch sein müssen) ist der Lackmestest für die westliche Wertegemeinschaft, sondern die Kontinuität der ethischen Prinzipien der (OECD-)Welt für einen demokratischen Frieden, die sich in vielen Jahrzehnten gemeinsamer Realpolitik bewährt haben.

Literatur

- Antes, Peter (2001): *Der Islam als politischer Faktor*. Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung. Hannover.
- Brüne, Stefan (2002): „Europas Außenbeziehungen und die APK-Staaten: das Abkommen von Cotonou. Eine erste Zwischenbilanz“. In: *Nord-Süd-aktuell*, Jg. XVI, Nr. 2, S. 301- 314.
- Brunold, Georg (2001) „Ein Sohn arabischer Ohnmacht. Bin Ladens Terror ist nicht der Aufschrei der Geknechteten“. Essay Politik. In: *Die Zeit* vom 31. Oktober 2001, Nr. 45, S. 11.
- Chatami, Mohammad (1998): „Keine Religion ist im Besitz der absoluten Wahrheit“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 26. 9. 1998, Nr. 224, S. 35.
- Eppler, Erhard, 2002: *Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt?*. Frankfurt a.M.
- Erlar, Gernot (2002): „Grundsätze für deutsche Außenpolitik nach dem 11. September 2001“. In: *Internationale Politik und Gesellschaft*, hg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, 3/2002, S. 9-14.
- Faath, Sigrid; Mattes, Hanspeter (2001): *Antiamerikanismus und politische Gewalt. Ausdrucksformen und Potential in Nordafrika/Nahost*. Edition wuqf, Hamburg, Nr. 13, November 2001.
- Fahmi, Oliver (2002): „Die Zerschlagung der Welt. Globaler Krieg“. In: *Universitas Nr. 667: Globalisierung und Gerechtigkeit* (Januar 2002), S. 65-71.
- Ferdowsi, Mir (Hg.) (2002): *Sicherheit und Frieden zu Beginn des 21. Jahrhunderts*. Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.
- George, Susan; Sabelli, Fabrizio (1995): *Ideologie und Macht der Weltbank*. Hamburg.
- Habermas, Jürgen (2002): „Fundamentalismus und Terror“. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 2/2002, S. 165-178.
- Hafez, Kai (1996): „*Heiliger Krieg*“ gegen den Westen. *Das Gewaltbild des Islam in der deutschen Presse*. Media Watch. Heinrich-Böll-Stiftung. Köln.
- Heine, Peter (1996): *Konflikt der Kulturen oder Feindbild Islam. Alte Vorurteile – neue Klischees – reale Gefahren*. Freiburg i.Br./Basel/Wien
- Khoury, Adel Theodor, 1991: *Was ist los in der islamischen Welt. Die Konflikte verstehen*. Freiburg i.Br.

- Landes, David (1999): *Wohlstand und Armut der Nationen. Warum die Einen reich und die anderen arm sind*. Berlin
- Link, Werner (2002): „Hegemonie und Gleichgewicht der Macht“. In: Mir A. Ferdowsi (Hg.): *Sicherheit und Frieden zu Beginn des 21. Jahrhunderts*. a.a.O., S. 39-56.
- McNamara, Robert (1969): *Sicherheit des Westens. Bedrohung und Abwehr*. Wien.
- Merkel, Reinhard, 2002: „Amerikas Recht auf die Welt“. In: *Die Zeit*, Nr. 41, vom 2. Oktober 2002, S. 37-38.
- Müller, Jochen (2002): „Das islamische Argument. Warum sich so viele Araber umringt von Feinden sehen“. In: *Internationale Politik und Gesellschaft*, hg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2/2002, S. 43-59.
- Nirumand, Bahman (2001): „In welcher Welt wir leben“. In: Rowohlt-Verlag (Hg.): *Dienstag 11. September 2001*. Reinbek bei Hamburg, S. 113-122.
- Perthes, Volker (2002): „Naher und Mittlerer Osten – Unvollständige Regimebildung und die Suche nach regionaler Sicherheit“. In: Mir Ferdowsi (Hg.): *Sicherheit und Frieden zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, a.a.O., S. 361-372.
- Purdy, Jedediah (2001): „Die Zeit der Unschuld ist zu Ende. Amerika will Rache. Aber die Zivilisation darf nicht selbst in Barbarei zurückfallen.“ In: *Die Zeit*, Nr. 39, vom 20.9.2001, S. 3.
- Rashid, Ahmed (2001): *Taliban. Afghanistans Gotteskrieger und der Dschihad*. München.
- Rittberger, Volker; Mogler, Martin; Zangl, Bernhard (1997): *Vereinte Nationen und Weltordnung. Zivilisierung der internationalen Politik?* Opladen.
- Rorty, Richard (2002): „Der unendliche Krieg“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 7./8. 2002.
- Schmidt, Helmut (2002): „Europa braucht keinen Vormund“. In: *Die Zeit* vom 1. August 2002, Nr. 32, S. 3.
- Schöllgen, Gregor (1999): *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*. München.
- Schulze, Reinhard (1994): *Geschichte der Islamischen Welt im 20. Jahrhundert*. München.
- Senghaas, Dieter (2000): *Modernisierung wider Willen*. Frankfurt a.M.
- Steinbach, Udo (1998): „Von der Belehrungs- zur Lernkultur“. In: E. van Vietinghoff; H. May (Hg.): *Zeitenwende – Wendezeiten*. Hannover, S. 87-124.
- Steinbach, Udo (2002): „Islamischer Terrorismus“. In: *Internationale Politik*, 3/2002, S. 1-10.
- Tetzlaff, Rainer (Hg.) (2000): *Weltkulturen unter Globalisierungsdruck, Erfahrungen und Antworten aus den Kontinenten*. Bonn.
- Tetzlaff, Rainer (2002): „Gerechtigkeit weltweit“. In: *Universitas. Orientierung in der Wissenschaft*, 57. Jg., Nr. 667 (Jan. 2002), S. 45-54.
- Tetzlaff, Rainer (2002a): „Das Spannungsverhältnis zwischen universalen Menschenrechten und asiatischen Werten – grundsätzliche Fragen“. In: *Menschenrechtsimperialismus in Asien?* Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Blaue Reihe, Nr. 85, S. 5-12.
- Thiede, Caarsten Peter (2000): *Europa. Werte, Wege, Perspektiven*. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin.
- Thürer, Daniel (1999): „Völkerrecht“. In: *Friedens-Warte*, Heft 2. Berlin.
- Tibi, Bassam (1998): *Krieg der Zivilisationen. Politik und Religion zwischen Vernunft und Fundamentalismus*. München.
- Volle, Angelika; Weidenfeld, Werner (Hg.) (1997): *Frieden im Nahen Osten? Chancen, Gefahren, Perspektiven*. Bonn.
- Vorländer, Hans (2001): „Die Wiederkehr der Politik und der Kampf der Kulturen. Essay“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zum „Parlament“*, B 52-53/2001 vom 21. 12. 2001, S. 3-6.
- Wallerstein, Immanuel (2002): „Die Twin Towers als Metapher“. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5/02, S. 560-570.
- Wendt, Alexander (1992): „Anarchy is What States Make of it: The Social Construction of Power Politics“. In: *International Organization* 46:2, S. 391-425.

Zehfuß, Maja (1998): „Sprachlosigkeit schränkt ein. Zur Bedeutung von Sprache in konstruktivistischen Theorien“. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 5. Jg., H.1, S. 109-137.

Anschrift des Autors:

Rainer Tetzlaff

Universität Hamburg, Institut für politische Wissenschaft

Allendeplatz 1

D – 20146 Hamburg

tetzlaff@sozwi.sozialwiss.uni-hamburg.de

Globalisierung, Soziale Bewegungen und kritische Publizistik

Ein Workshop der *PERIPHERIE. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt*, des *Ludwig-Quidde-Forums* und des *Instituts für Theologie und Politik*

Münster/ Westf., ESG, Am Breul vom 14.02. bis 15.02.2003

+++ Öffentlichkeit, Gegenöffentlichkeit und Publizistik: Gottfried Oy
+++ Globalisierungskritische Bewegung: Zur Struktur und Theorie einer neuen sozialen Bewegung: Uli Brand/ Dieter Rucht
+++ Globalisierungskritische Bewegungen: What's left internationally: Gewerkschaften, Parteien, Bewegungen und Porto Alegre: Peter Waterman/ Ilse Lenz
+++ Das Projekt einer kontra-hegemonialen Globalisierung: Erfahrungen aus der Frauenbewegung: Christa Wichterich/ Susanne Schulz
+++ Aufgabe und Verortung internationalistischer Publizistik: Ein Podium mit: ila, peripherie, afrika-süd, indymedia, Henning Melber
+++

weitere Infos und Anmeldungen anfordern bei: info@zeitschrift-peripherie.de